

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags

Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 26, Altona-Groß-Str. 1, 1. Stock
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Um den Achtstundentag.

Seit 1890 haben die Gewerkschaften alljährlich am 1. Mai Forderungen an die herrschende Klasse erhoben, unter denen die vornehmste die Verlängerung der Arbeitszeit, die gesetzliche Festlegung eines achtstündigen Arbeitstages war. Die Forderung des Achtstundentages ist nicht erhoben worden, um etwa dem gewerkschaftlichen Kampf ein Ziel zu geben; sie wurde erhoben als die wichtigste Voraussetzung der sozialen Gesundung der Arbeiterklasse und damit der ganzen Menschheit. Die Revolution brachte den langerkämpften Achtstundentag. Bei seiner Einführung als fast selbstverständlich hingenommen, ja schon als der Umwälzung in gemeinsamer Verhandlung der Unternehmer und Gewerkschaften vorbereitet und beschlossen, galt er zunächst als unangreifbar. Das war aber eine Täuschung. Die Verschiebung der innerpolitischen Machtverhältnisse, die herrschende Stellung, die sich die Großindustrie geschaffen hat, damit verbundene Machteinbuße der organisierten Arbeiterklasse und in erster Linie die schnelle und anhaltende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Gründe, die zum allgemeinen Ansturm des Unternehmertums gegen die wichtigste Errungenschaft der Revolution, den Achtstundentag, führt, die den Achtstundentag aus dem unveräußerlichen und unangreifbaren Gut der Arbeiter, Angestellten und Beamten zum bestig umkämpften Streitobjekt gemacht haben. Seit 1920 erklingt wieder aus allen sogenannten nationalen Blättern der Ruf nach Mehrproduktion durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch die Vereinfachung des „schematischen Achtstundentages“, offensichtlich tut die gesamte Arbeitgeberpresse in das alte Horn. Der ganze Chor derjenigen, die von anderer Seite Arbeit ein gesichertes Dasein führen, schreit systematisch, daß die Arbeiter an allem Übel unserer Zeit schuld sind, daß er empfiehlt als einziges Heilmittel zum Wiederaufbau: Mehr Arbeit, weniger Lohn!

Nicht die Frage, die Macht soll entscheiden. Das Unternehmertum fühlt sich stark genug, den Kampf um die Beseitigung des Achtstundentages zu führen, nachdem ihm auch die Reichsregierung durch ihre Verordnung zur Durchbrechung des Achtstundentages als Bundesgenosse zur Seite getreten ist. Das muß für die gesamte Arbeiterschaft eine ernste Mahnung zur Unruhe, zur Bereitschaft und geschlossenen Abwehr sein. Wir müssen uns klar darüber sein, ob wir in Wirklichkeit einen achtstündigen Arbeitstag haben. Mag in vielen Fällen auch der Weg von und zur Arbeit nur kurz sein, in den weitaus meisten Fällen aber, in den Großstädten sowohl wie in Kleinstädten und Landorten, sind Wege zur Arbeit zu Fuß oder mit der Bahn bis zu je einer Stunde und länger zurückzulegen. Aus acht Stunden werden damit allein schon zehn und mehr Stunden täglich. Eine überaus wertvolle Aufstellung machte kürzlich unsere Filiale Frankfurt am Main über die Entfernungen und die Gesamtzeit der täglichen Abwesenheit vom Wohnort für 592 Mitglieder, die in 65 Orten außerhalb Frankfurts wohnen. Diese Kollegen haben durchschnittlich erst 0,5 bis 0,8 km Weg zu Fuß zurückzulegen, bis sie zur Bahnstation kommen, um dann noch 5 bis 41 km Bahnfahrt zu machen, ehe sie zur Arbeitsstelle kommen. Ueber die Hälfte dieser Kollegen muß schon morgens nach 4 Uhr an der Bahn sein, um rechtzeitig anzukommen. Würden diese Kollegen täglich 9 Stunden arbeiten, so wären sie 12 1/2 bis 16 Stunden von ihrem Wohnort täglich abwesend; abends 3 1/2 Uhr könnten die am weitestentfernt wohnenden wieder zu Hause sein. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Es geht daraus hervor, daß bei sachlicher Beurteilung der Dauer des Arbeitstages außer der reinen Arbeitszeit die gesamte zu ihrer Bewältigung mit erforderlicher Zeit in Rechnung gestellt werden muß. Der Arbeiter geht oder fährt zur Arbeit und von der Arbeit nicht zu seinem Vergnügen, noch bestet es in seinem Belieben, diese Wege zu machen oder nicht. Der wegen erforderlicher Zeitaufwand ist keine Erholungszeit, er zählt vielmehr mit zum Arbeitstage. Was bleibt da noch übrig an Zeit zur Befriedigung von

Zum 1. Mal

Und wieder ist der erste Mal,
Und wieder ist der Rückschrittsblock,
Das Pack von Goldsackgnaden,
Dabei sein eifles Herrentum,
Sein Herrentum zu Mammons Ruhm,
Dem Volke aufzuladen!

Achtstundentag! Das ist der Pflock,
Der diesem feisten Rückschrittsblock
Greift an die feisten Nieren!
Das hat bei ihm die Wut entfacht,
Nun gibt er seine plumpe Macht
Dem Arbeitsvolk zu spüren!

Und ob ihr auch brutal und dumm
Mit Elend und mit Hungertum
Das Arbeitsvolk wollt zwingen —
Wir lachen euch ins Feiggesicht!
Ihr hantelt uns, doch ihr zwingt uns nicht!
Es wird euch nicht gelingen!

Dies unser Schwur am ersten Mal:
Auf keinen Fall verzichtet sei
Auf unsere Menschenrechte!
Achtstundentag sei das Panier,
Nur diesem Banner folgen wir
Zum Trotz der Mammonsknechte!

Es gehe wie ein Wetterschlag
Durchs Volk: Hoch der Achtstundentag
Heuf' und auf alle Fälle!
Frisch auf mein Volk zum ersten Mal!
Sei einig! Dann wirst Du auch freil!
Dann trotzen wir der Hölle! E.

persönlichen, häuslichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten und zum Schlafen!

Bei dem Streben des Unternehmertums nach Arbeitszeitverlängerung wird nicht berücksichtigt, daß unsere Wirtschaft kein Mechanismus, sondern ein Organismus ist, daß das Arbeiten kein mechanischer Vorgang, sondern vielmehr eine psychologische Tätigkeit ist, bei der nicht nur die körperliche Kraft eine Rolle spielt, sondern auch der Geist und das Gemüt des Menschen mitsprechen. Eine z w a n g s w e i s e Verlängerung der Arbeitszeit wird nicht eine Steigerung, vielmehr eine Verminderung der Arbeitsleistung zur Folge haben. Jeder Zwang löst einen inneren Widerwillen und Widerstand aus. Eine z w a n g s w e i s e Verabreichung des Achtstundentages würde dazu führen, daß die Arbeiter bei verlängerter Arbeitszeit nicht mehr leisten als vordem bei kürzerer Arbeitszeit. Wenn eine hohe Arbeitsleistung erzielt werden soll, so ist es viel wichtiger, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter mit innerer Anteilnahme, mit Lust und Liebe ihre Arbeit verrichten, daß die Arbeit nicht als eine Last empfunden wird. Daß ein Unterschied besteht zwischen der Arbeitsleistung mit innerer Lust ausgeführt und einer solchen mit innerem Widerwillen, das wissen die Unternehmer nur zu gut. Viel kommt bei der Arbeit auf die seelische Stimmung an, die der Arbeiter mitbringt. Wie man sich seelisch zur Arbeit einstellt, demgemäß wird auch die Arbeitsleistung beeinflusst. Deshalb wäre es besser, statt reine mechanische Mittel in Anwendung zu bringen, dahin zu wirken, in den arbeitenden Menschen eine Stimmung zu erzeugen, die bei ihnen Arbeitslust und Schaffensfreudigkeit weckt.

Wohl spielt hierbei auch die Berufsfreudigkeit eine Rolle; aber eine der wichtigsten Anregungen bietet die Arbeit in jenen Betrieben, wo man sich wohl fühlt, wo gute, geordnete Arbeitsbedingungen bestehen; gute, gesundheitliche Einrichtungen sich vorfinden; wo eine anständige, menschenwürdige Behandlung vorherrscht, wo das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer nicht als dasjenige zwischen den Schwachen und den wirtschaftlich Gewaltigen zum Ausstrag lautet. Nicht umsonst fordern wir immer wieder helle, ge-

funde und lustige Arbeitsräume; wir wissen nur zu gut, daß die Arbeitsintensität stark von der Beschaulichkeit oder Unbeschaulichkeit in den Arbeitsräumen abhängt.

Die wichtigste Bedingung für hohe Arbeitsleistung ist die genügende Entlohnung des Arbeiters, die ihm ein menschenwürdiges Dasein garantiert. Wenn ein Unternehmer von seinem Arbeiter ein gewisses Quantum Arbeit verlangt, so hat er auch die Verpflichtung, einen anständigen Lohn zu zahlen. Umgekehrt übernimmt der Arbeiter die Verpflichtung, für genügenden Lohn auch ein genügendes Stück Arbeit zu leisten. Allergünstigstenfalls kommt heute der Unternehmer seinen Verpflichtungen in dieser Beziehung nicht nach; viel lieber möchte er den Arbeitern einen Schandlohn zahlen; jedoch verlangt er genügende Arbeitsleistung. Diese Gegenseite vertragen sich nicht, sie erzeugen Unlust und Gleichgültigkeit zur Arbeit, wie wir sie heute so viel vorfinden. Woher soll auch die Arbeitsfreude kommen, wenn die Arbeiter immer wieder sehen und fühlen, daß man ihnen das Recht für ein menschenwürdiges Dasein vorenthält!

Jede kleinste Lohnerhöhung muß mit äußerster Kraftanstrengung der Arbeiter abgezwungen werden, während die Preissteigerungen als etwas Selbstverständliches hingenommen werden. Und dabei glaubt man in diesen kapitalistischen Kreisen, daß es gerecht wäre, der Arbeit alle Pflichten aufzubürden, das Kapital systematisch immer mehr zu entlasten; und eine solche Ungerechtigkeit sollte Steigerungen der Arbeitsleistung finden? Nein, das Gegenteil wird eintreten.

Der Mangel an sozialem, menschlichem Empfinden erzeugt nichts anderes als Erbitterung, ertötet die Arbeitsfreude und ist das größte wirtschaftliche Unglück. Die rechtliche und soziale Einschätzung der Arbeit beeinflusst ebenfalls die Arbeitsleistung; denn der Arbeiter, der sieht, daß er als gleichwertiger Mensch behandelt wird, wird eher Lust und Liebe zur Arbeit haben als derjenige, den man zu einem rechtlosen Sklaven herabwürdigt und als minderwertig ansieht.

Durch die Verlängerung der Arbeitszeit würde die jahrzehntlang betriebene mühevolle gewerkschaftliche Kulturarbeit vernichtet, der deutsche Arbeiter wieder auf das frühere Niveau zurückgebrängt werden. Vermehrte Produktion gewiß, doch nicht lediglich auf Kosten der Arbeiter, nicht um den Preis unseres Kulturlebens. Nicht Abbau der Kultur, sondern die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages als Maximalarbeitstag, ist unsere Forderung.

Deshalb wird die gesamte Arbeiterschaft den Achtstundentag mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen.

Die Gewerkschaften zur Reichstagswahl.

Am 4. Mai ist Reichstagswahl. An diesem Tage wird es sich zeigen, welchen entscheidenden Einfluß das deutsche Volk, insbesondere die arbeitende Bevölkerung, auf die Gestaltung seiner Zukunft nehmen wird. Viel hängt diesmal von dem Ausgang der Wahl ab, ob die arbeitende Klasse zurückgeschleudert wird in geistige und materielle Unfreiheit oder ob sie die hindernden Fesseln zerreißt und die Bahn freimacht zu ihrer Befreiung aus dem Joch der Knechtschaft. Am 4. Mai muß das verlorene Terrain zurückerobert, müssen neue Stützpunkte für den Sozialismus, für den Befreiungskampf der Arbeiter errichtet werden.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstag haben nicht nur innerpolitische Bedeutung für die deutsche Arbeiterklasse, sie sind auch für das internationale Proletariat von entscheidender Wichtigkeit. Bekanntlich finden am 11. Mai die Wahlen zum französischen Parlament statt. Ein Sieg der Reaktion und Rebanchepolitiker in Deutschland bedeutet einen Sieg der französischen Reaktion, und dieser Sieg würde die Stellung der englischen Arbeiterregierung bedeutend erschweren, wenn nicht gar erschüttern. Von außenpolitischer Bedeutung und durch die Wahlen zum Deutschen Reichstag stark zu beeinflussen ist die Lösung der Reparationsfrage und das Washingtoner Abkommen in bezug auf

die gesetzliche Festlegung des achtstündigen Normalarbeitstages.

Macht die Arbeiterklasse an diesem Tage von ihrem Recht nicht genügend Gebrauch, und wählt sie nicht die Vertreter ihrer Interessen, so wird sie die Lasten der Reparationen, die die Schwerindustrie und das Bürgertum einzig und allein auf die Arbeiterschaft abwälzen wollen, selbst zu tragen haben. Schon jetzt macht das Unternehmertum alle Anstrengungen, die noch vorhandenen Rechte der Arbeiterschaft zu entreißen. Die Kämpfe um den Achtstundentag, um das Tarif- und Arbeitsrecht und die sonstigen sozialen Errungenschaften legen bedrübtes Zeugnis davon ab. Mit größter Rücksichtslosigkeit würde bei einem eventuellen Sieg die Bourgeoisie ihre Macht nützen. Im Hauptauschuß des Reichstags forderte der Abgeordnete Quack, einer der brutalsten Vertreter der Stimmengruppe, den Abban der Erwerbslosenunterstützung. Die Kosten seien bei der Finanzlage des Reiches nicht mehr aufzubringen. Bei weiterem Niedergang der Wirtschaft seien eben der Hungertod von Millionen Menschen nicht zu vermeiden. Selbst wenn der Belagerungszustand 150 Millionen Goldmark koste, sei das gut angelegt! Auf diesem Gebiete dürfe nicht gespart werden. Erneuter Lohnabbau, völlige Entrechtung, ja der Hungertod droht den deutschen Arbeitern, wenn die Reaktion siegt.

Im vergangenen Reichstag hat sich die Interessenpolitik der großen Industrie über alle Parteigrenzen hinweg durchgesetzt. Die führenden bürgerlichen Wirtschaft- und Steuerpolitiker, die sich im volkswirtschaftlichen und im Steuerauschuß des Reichstags als Demokraten und Volksparteiler, als Zentrumsabgeordnete und Deutschnationale fraktionsmäßig unterscheiden, finden sich in den Ausschüßräten der großen Konzerne als Interessenten mit gleichgerichteten Interessen wieder. Dort verknüpfen sie durch Personalunion in den Ausschüßräten die Konzerne untereinander zu einer geschlossenen Wirtschaftsmacht, im Parlament stellen sie durch die Personalunion von Ausschüßrat und Parlamentarier eine geschlossene Interessengruppe her.

Diese Verbindung von Politik und Wirtschaft war das Unglück Deutschlands! Sie hat die deutschen Staatsfinanzen und die deutsche Währung zerrüttet. Sie hat zur Ausplünderung der Arbeiter und des Mittelstandes geführt. Sie hat Deutschlands außenpolitische Lage verschlechtert. Sollen diese Interessenten in den nächsten 4 Jahren abermals die Geschichte des deutschen Volkes bestimmen?

Die Kamen der Beherrscher der Schwerindustrie findet man im Kampfe gegen die Arbeiterschaft an erster Stelle! Daß diese Parteien respektive ihre Vertreter lediglich die Interessen des Kapitals vertreten, muß jedem denkenden Arbeiter klar sein. Von der äußersten Rechten bis zu den Demokraten ist also alles vertreten. Hinzu kommen noch die Deutschvölkischen. Was von dieser Partei zu erwarten ist, zeigte uns der Giller-Rubendorff-Prozess in München.

Am 4. Mai wird sich entscheiden, ob Deutschland weiter Republik bleibt oder ob die Monarchie eingeführt werden soll. Es dreht sich an diesem Tage um das Geschick der Republik, um die Rechte der Arbeiter! Wir haben alles daranzusetzen, den Wahltag zum Siegestag der Arbeiterschaft zu machen!

Die Angriffe der Reaktion können nur abgewehrt werden, wenn wir unsere Stimme solchen Kandidaten geben, die wirksam für die Erhaltung der Republik, für die vorhandenen und noch zu erobernden Rechte der arbeitenden Klasse eintreten. Auch mit Gewaltmaßnahmen ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Mit Fäulnis, wie wir sie in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, in Hamburg gesehen und erlebt haben, kann uns nicht geholfen werden. Sie schädigen die Arbeiter und bringen nur der Reaktion Nutzen. Wer eine gewalttätige Erhebung der Arbeiterschaft predigt, ist kein ehrlicher Freund der Arbeiter. Wir Gewerkschafter können und dürfen für die Kandidatur eines Gewalttäters nicht eintreten. Für Demokratie und Sozialismus ist unsere Parole.

Der Kampf geht um den Achtstundentag, für die Republik, gegen die Monarchie. Für den sozialen Fortschritt, gegen die soziale Reaktion. Für die Völkerverständigung, gegen den internationalen Militarismus! Nur diejenigen Männer und Frauen, die den Kampf der freien Gewerkschaften um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter tatkräftig in den Parlamenten unterstützen und unterstützt haben, dürfen auf unsere Stimme bei den Wahlen rechnen.

Rechtet das, Kollegen, und handelt danach!

Pflicht für jeden.

Zuwer strebe zum Ganzen, und laßst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an.

Geiler.

Malenaufwurf des Internationalen Gewerkschaftsbundes!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet nämlich des bevorstehenden 1. Mai einen eindringenden Appell an alle Landeszentralen, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert.

Allen ihren Forderungen voran muß die international organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen. Gegen Krieg und Militarismus muß sie die volle Wucht ihres Kampfes richten. Der Friedensgedanke der Arbeiter ist aus ihrem Massenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritt- und Freiheitsideen, die, gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit unflüchlich mit der Friedensidee zu verknüpfen.

Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten, heißt für die proletarische Weltbewegung arbeiten! Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je. Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Ruinen des Krieges nur erheben durch den Frieden — durch einen Frieden, der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch Krieg verursachten Katastrophen neue hinzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rücksichtslosigkeit gegründeten Völkerverhebenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut. Laut und allen vernehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundzüge erheben. Sie muß die tatsächliche Organisierung des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Bölker von unerträglichen Lasten zu befreien, sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten. Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einen immer weiteren Ausbau der Rechte der Arbeit besteht.

Die internationale Arbeitsgesetzgebung darf nicht totor Buchstabe-Bleiben: die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden. Die Schöpfen, die Schöpfer des Reichstums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

An den sozialen Errungenschaften des Achtstundentages und der Sozialversicherung, diesen wichtigsten eroberten Posten, muß festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden. Die Eroberung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter sowie die Neuorganisation der Wirtschaft sind unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einflüsse und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorrechteten, sondern der Gesamtheit zufallen. Mit dem Triumph dieser Forderungen wird die Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß sie reif ist für die Bewirtlichung ihrer historischen Mission: die Befreiung der Arbeit durch den Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag von 1924 Sinn und Gepräge geben! Überall, in allen Ländern muß der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei der Arbeiterschaft Gehör finden! Die Massentundegebung des Proletariats sei ein überwältigendes Zeugnis seiner Kraft, seines erwachten Bewußtseins, seines Willens zum Sieg! Für ein besseres Dasein! Für die soziale Gerechtigkeit! Für die Freiheit! Für den Weltfrieden!

Das Achtstundenübereinkommen.

Das internationale Übereinkommen, betreffend den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche in gewerblichen Betrieben, ist in jüngster Zeit in den Parlamenten verschiedener Staaten behandelt worden. — Kürzlich erklärte der britische Arbeitsminister Tom Shaw im Unterhaus, er werde in nächster Zeit einen Gesetzentwurf einbringen, der dieses Übereinkommen betrifft. — In Oesterreich gab der Nationalrat dem Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag die verfassungsmäßige Genehmigung unter dem Vorbehalt, daß das Übereinkommen dann in Kraft tritt, wenn es von den europäischen Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation, denen die größte industrielle Bedeutung zukommt (Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) und von sämtlichen mit Oesterreich in wirtschaftlichem Verkehr stehenden Nachbarstaaten (Jugoslawien, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn) ratifiziert worden ist. — In Britisch-Columbien kam ein Achtstundenbittengesetz zustande, das der vorbehaltlosen Annahme der Bestimmungen des in Rede stehenden Übereinkommens entspricht. Es ist dies bisher die einzige Provinz Kanadas, die ein solches Gesetz besitzt. Bestrebungen zur Verlängerung der gesetzlichen Arbeitsdauer wurden in der Schweiz und in Belgien abgewehrt.

Andere Übereinkommen. Anlässlich der letzten Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes erklärte der italienische Regierungsvertreter, daß sein Land daran gehe, alle internationalen Arbeiterschutzübereinkommen zu ratifizieren, mit Ausnahme desjenigen über den gewerblichen Achtstundentag, das im Parlament zur Verhandlung kommen wird. — Von Polen kam bei derselben Gelegenheit die Erklärung, daß 13 Ar-

beitsübereinkommen ratifiziert worden sind. — Das österreichische Parlament hat außer der bedingten Ratifikation des Achtstundenübereinkommens die Ratifikation von 6 andern Übereinkommen der ersten und der dritten Internationalen Arbeitskonferenz beschlossen. — Die Durchführung des Übereinkommens, betreffend Verwendung von Bleiweiß zum Anstreichen, hat der britische Innenminister in Aussicht gestellt. — Der Arbeitsminister von Lettland hat das Internationale Arbeitsamt benachrichtigt, daß die zuständige Parlamentsausschüsse der Ratifikation gewisser Übereinkommen, namentlich der Arbeitskonferenz von 1921 zustimmten.

So weit ist es gekommen.

Gewalttätigkeiten kommunistischer Gewerkschaftspalter.

Endlich haben es die kommunistischen Gewerkschaftspalter durchgesetzt, daß sie auch in unserem Verbandsunmittelbar vor dem von ihnen seit Jahren konsequent verfolgten Ziele stehen. Zunächst wenigstens in Berlin.

Nachdem hier in einer Versammlung der sogenannten Opposition unter Mitwirkung des Angestellten vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter gegen den von unserm Verbandsvorstand festgesetzten Beitrag gehebt und die allerdings nur sehr spärlich erschienenen Mitglieder unseres Verbandes zur Beitragsperre aufgepuscht worden waren, fand eine Versammlung von 100 Mann (darunter allerlei andere Arbeiter) statt, die zu dem Beschluß kam, eine Lohnforderung von 120 M zu stellen und am kommenden Sonntag den Streik zu beschließen. Man schwindelte den Kollegen, die Versammlung sei von unserer Verbandsleitung einberufen und habe Jettel in den Straßen an, nach denen der Streik schon proklamiert sei und jeder als Streikbrecher gelte, der noch arbeite. Erfreulicherweise sind nur ganz vereinzelte Kollegen auf diesen plumpen Trick hereingefallen.

Die weitere Oppositionsversammlung am 12. April fand gleichzeitig mit unserer Vertreterversammlung im Gewerkschaftshaus nur eine Stunde früher, statt. Die mit großem Lärm anwesende Streikbrecherversammlung war, hochgerechnet, von 400 Mann besucht. Eine Kontrolle am Saaleingang wurde nicht vorgenommen. Es wurde festgestellt, daß daran Transportarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter und sonstige kommunistisch eingestellte Gruppen teilgenommen. Man ging das Theater los. Bei Eröffnung unserer Delegiertenversammlung kam eine Delegation von oben und forderte, unsere Delegiertenversammlung solle sich auf 8 Tage vertagen und die Delegierten sollten sofort im oberen Saal erscheinen und einmütig für Groß-Berlin den Streik beschließen. Als das natürlich abgelehnt wurde, kam nach 10 Minuten ein kommunistischer Stoßtrupp, prägenete die Türen und es entstand eine allgemeine Prügelei. Unser Kollege Schiemann erklärte hierauf, daß er, unbestimmt über vorgekommenen Rohheiten, bereit sei, im oberen Saal die Auffassung unseres Verbandes über den Tarifvertrag und die statgeführten Lohnfestsetzungen darzulegen. Er begann nach oben, wurde dort natürlich mit dem üblichen Tumult empfangen, und mußte erfahren, daß erst ein vor 2 Jahren von uns wegen verbandsschädigender Treiben ein abgeschlossener referieren und er dann erst als Disziplinierungsredner das Wort erhalten sollte. Da Schiemann natürlich keine Lust hatte, vor einer so bunt zusammengewürfelten Versammlung etwa eine Rede eines Kollegen anzuhören, der nichts mit unserm Verbande zu tun hat, erfernte er sich wieder aus dem Saal; denn er hatte in unserer Delegiertenversammlung Wichtigeres zu tun. Unter all gemeinem Tumult gelangte er auch bis zur Treppe, die nach dem unteren Saal führt. Dort umzingelte ihn der kommunistische Stoßtrupp und schleppte ihn buchstäblich an Händen und Füßen in den Saal zurück. Unter allgemeiner Prügelei gelangte er auch bis zur Rednertribüne und kennzeichnete von hier aus das widerliche Treiben. Nun ging die Kap-balgerei von vorn los, worauf Schiemann der Versammlung den Rücken kehrte. In diesem Augenblick kamen zwei von der Verwaltung des Gewerkschaftshauses, die nicht Lust hatten, das der organisierten Arbeiterschaft gehörende Eigentum noch weiter beschädigen zu lassen, herangezogene Sicherheitskräfte, und das genügte, um die rabaukuffige Gesellschaft plöcklich zum Stillschweigen zu bringen. Man vertruimte sich in dem Saal, worauf Kollege Schiemann die Erklärung abgab, daß er auf den Schutz der Polizei verzichte, und ging unbehelligt zu unserer Delegiertenversammlung zurück, die dann auch ihren regelrechten Verlauf nehmen konnte. Bemerkenswert ist noch, daß man vorher bereits unter allgemeinem Gejohle einen ganz harmlosen Kollegen verprügelt hatte, weil man annahm, es mit Schiemann zu tun zu haben — ein Beweis, aus was für Elementen sich der KPD-Stoßtrupp zusammengesetzt hat.

Nachdem Kollege Schiemann den oberen Saal verlassen hatte, folgte ihm, angewidert durch das etelhafte Treiben, die Hälfte der Versammlung, und diese selbst ging aus dem Saal, ohne daß natürlich ein Streikbeschluß erfolgen konnte. Die vollständig anwesenden Delegierten in unserer Versammlung beurteilten auf das schärfste die vorgekommenen Szenen und nahmen dann auch den Jahresbericht der Filialverwaltung entgegen. Die vorgenommene Vorstandswahl ergab, daß der alte Vorstand gegen 7 Stimmen der KPD, erneut gewählt wurde und hierauf der jetzige Vorstand einstimmig ein Vertrauensvotum erhielt.

Wir halten es für notwendig, diesen Bericht zu veröffentlichen, so beschämend es auch ist, daß es die kommunistischen Treiberen so weit bringen konnten, daß unsere Funktionäre selbst nicht mehr vor Taktlosigkeiten geschützt sind, daß dadurch die Aktionsfähigkeit unserer Organisation untergraben und die Interessen der Arbeiterschaft zum Nutzen der Unternehmern absichtlich geschädigt werden. Was man sich in Berlin geleistet hat, wird natürlich auch in andern Städten, wenn vielleicht äußerlich auch in etwas anständigerer Form, zum Ausdruck kommen. Daraus sollten unsere Kollegen überall die richtige Lehre ziehen und vor allem auch denen auf die Finger zu sehen, die sie gegen die Leistung der Beiträge aufpuschen wollen, die der Vorstand im Interesse der Organisation festsetzen muß.

Kollegen! Galtet Euch fern von denen, die die Opposition um jeden Preis treiben, um auf diese Weise unsere Gewerkschaften zu unterminieren beziehungsweise zu erobern und wenn die vernünftig urteilenden Kol-

Es nicht einfach nach dem Diktat der kommunistischen ...

Wirtschaftsbericht für den Monat März 1924.

Nach der geschäftlichen Lage des Malergewerbes am ...

Im Laufe des Monats März sind 1181 Kollegen in ...

Die normale wöchentliche Arbeitszeit beträgt für ...

Von einer Besprechung des Organisationsverhältnisses ...

Die neuen Fragebogen für den Monat April werden ...

Aus unserm Beruf.

In Hamburg kürzten am 10. April die Kollegen ...

Westn. (Jahresbericht.) Das deutsche Volk ist ...

der Höhe verhandelt werden mußte. Daß die berechtigten ...

Zahlreiche Konferenzen mit staatlichen und kommunalen ...

Eine Anzahl tüchtiger Funktionäre hat der Tod innerhalb ...

Durch die Stabilisierung der Währung Ende des Jahres ...

Witwenbes. Frankfurt a. M. Am 26. März verunglückte ...

Eingefandt.

Was kann ich tun!

Kollegen! Das Jahr 1924 fing für uns deutsche ...

Selbst die Arbeitslosigkeit anderer Berufe hat sich etwas ...

Wie sollen wir uns dagegen wehren? Die Hauptsache ...

Widerstehen wir uns nur sehr schwer gegen die ...

Es nicht die Wahl Kollegen! Die Parteien bereiten ...

Denkt weiter: Das gesamte Ausland steht mit ...

Denkt an alles! Uns kann jetzt und immer nur ...

Sozialpolitisches.

Der 1. Mai als Feiertag. Das Reichskabinett hat ...

Militarismus und Jugend. Im Jahre 1918 starben ...

Kapitalismus und Jugendverderbnis. Wenn es ...

Wer will bestreiten, daß dieses Verhältnis überall ...

